

Linkes Programm gegen Erwerbslosigkeit

DIE LINKE in NRW fordert ein Programm gegen Erwerbslosigkeit:

1. Bund, Länder und Kommunen müssen gerade in der Krise ihrer sozialen Verantwortung nachkommen und Arbeitsplätze schaffen. Gerade die kaputtgesparten Kommunen haben in der Vergangenheit Arbeitsplatzabbau betreiben müssen. Dadurch fehlt es nun in der Krise an Beschäftigten in den Gesundheitsämtern, der Sozialberatung, Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Schulen und Kindertagesstätten, in der öffentlichen Daseinsvorsorge an allen Ecken und Kanten. Es wird Zeit, diesen Mangel durch die Einstellung von Menschen in den öffentlichen Dienst zu beheben. Dazu ist eine umfassende und ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen aus Bund und Land notwendig.
2. Im öffentlichen Dienst und öffentlichen Betrieben wurde in den letzten Jahrzehnten bereits ein massiver Arbeitsplatzabbau betrieben bzw. nach dem Motto „Privat vor Staat“ wurden öffentliche Betriebe privatisiert. Daher sind Betriebe, die gemeinwohlorientierte Güter herstellen oder gemeinwohlorientierte Dienstleistungen anbieten, wieder in öffentliche Hand zu überführen und mit ausreichend Personal auszustatten.
3. Schlüsselindustrien sind zu vergesellschaften, diese Forderung steht auch in der Satzung des IG-Metall. Nur so ist der dringend notwendige sozial-ökologische Umbau der Industrieproduktion auf ökologisch sinnvolle Produkte wie den Bau von Bussen und Bahnen oder auch von Windrädern unter Mitbestimmung der Beschäftigten zu gestalten.
4. Die Pharmaindustrie ist zu vergesellschaften, damit nicht nur an Medikamenten und Produkten geforscht und investiert wird, für die es einen lukrativen Markt gibt. Wir brauchen Forschung und Entwicklung von vielfältigen Medikamenten und Impfstoffen sowie neuer Antibiotika gegen multiresistente Keime ohne Profitdiktat. Das ist Teil der Daseinsvorsorge und schafft Arbeitsplätze.
5. Betriebe die nutzlose und tödliche Güter (z.B. Rüstungsindustrie) herstellen, sind auf die Produktion notwendiger Güter und Produkte umzustellen – von Schutzausrüstung über Beatmungsgeräte bis hin zu Windrädern und Solarzellen.
6. Die Entwicklung der Produktivkräfte in den letzten Jahrzehnten und die Umstellung der Produktion auf ökologisch sinnvolle Produkte benötigen weniger Arbeitskraft und Arbeitszeit. Um die vorhandene und die gesellschaftliche notwendige Arbeit auf alle zu verteilen, ist eine Reduzierung der Arbeitszeit auf 28 bis 30 Stunden in der Woche bei vollem Lohnausgleich notwendig. Auch die IG-Metall fordert aufgrund des Rückgangs der Industrieproduktion und der Zunahme von Kurzarbeit und Erwerbslosigkeit in der Krise die Vier-Tage-Woche.
7. Ein umfangreiches Bildungsprogramm muss aufgelegt werden, damit Beschäftigte auch in anderen Berufen und Berufsfeldern eine Beschäftigung finden – „Waffenschmied zum Pfleger“.
8. Letztendlich sind die kapitalistische Produktionsweise und die Überproduktion zu überwinden. Es dürfen nur noch Güter dem Bedarf entsprechend produziert werden. Mit der Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise sind auch die Risikofaktoren für eine Krise beseitigt.
9. Krisen sind immer die Krisen des Kapitals, nicht der Arbeiterklasse. Deshalb: „Wir bezahlen nicht für Eure Krise!“

Unsere Lösungsansätze:

Die Infrastruktur in NRW ist in weiten Teilen marode und muss u.a. für die Verkehrs- und Energiewende umgebaut werden. NRW liegt bei den staatlichen Investitionen von Land und Kommunen pro Einwohner*in an drittletzter Stelle aller Bundesländer. In NRW werden nur etwa 400 € pro Einwohner*in investiert, in Baden-Württemberg, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern dagegen 700 € und in Bayern über 900 €. Kumuliert liegt der Rückstand bei staatlichen Investitionen im Vergleich zu den übrigen Flächenländern bei fast 36 Milliarden €. Investitionen in die Energie- und Verkehrswende sind dringend und schaffen Hunderttausende neue Jobs.

Der öffentliche Dienst im Land NRW ist seit Jahren personell unter besetzt. Im Jahr 2020 bleiben erneut tausende Stellen allein in der Landtagsverwaltung unbesetzt, davon 3.540 Stellen bei Lehrer*innen. Dazu kommt der dringende Bedarf sowohl beim Land als auch in den Kommunen in Kitas und der Ganztagsbetreuung von Schüler*innen. Corona hat darüber hinaus gezeigt, dass dringend mehr Personal für kleine Lerngruppen in Schulen und Kitas notwendig ist. Außerdem fehlt es an Personal in den Gesundheits-, Jugend- und Bauämtern. Bauämter sind nicht in der Lage, mit eigenem Personal größere Bauvorhaben zu betreuen. Und am Arbeitsschutz wurde so gespart, dass Kontrollen in Betriebsstätten durchschnittlich nur alle 36 Jahre stattfinden können. Die Kontrollen im letzten Jahr in der Fleischindustrie haben gezeigt, wie dringend hier effektive Kontrollen und darum eine Personalaufstockung sind. Die völlig unzureichende Personalausstattung in Krankenhäusern und Pflege ist seit langem bekannt.

Dringend notwendig sind zur Finanzierung eine Verbesserung des Länderfinanzausgleichs und eine Initiative zur Entschuldung der Kommunen ebenso wie eine Vermögensabgabe und eine stärkere Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften. Konkrete Schritte zur Verbesserung sind aber auch schon durch die Intensivierung – also mehr Personal - der Steuerfahndung und des Steuervollzuges möglich. So werden z.B. alle Verfahren im Zusammenhang mit den CumEx-Betrügern von nur 15 Staatsanwält*innen in NRW geführt – gegen rund 900 Beschuldigte.

Neben Investitionen in die Infrastruktur und mehr Personal in der Daseinsvorsorge ist die Transformation der Automobil- und Energieindustrie eine Zukunftsaufgabe.

Der motorisierte Individualverkehr muss stark eingeschränkt werden. Als alternatives Angebot muss der ÖPNV und der ÖPV bzw. Schienenverkehr ausgebaut werden. Die Verkehrswege müssen für Fußgänger*innen und der Radverkehr attraktiver gestaltet werden.

Das bedeutet aber auch, dass die entsprechende Infrastruktur geschaffen werden muss.

Die wegfallenden Arbeitsplätze in der Automobilindustrie müssen also in der Schaffung von klimafreundlichen Bussen (Wasserstoffantriebe, Elektroantriebe, Antrieb mit klimaneutralen Diesel), Herstellung von Zügen und Herstellung bzw. Wartung der benötigten Infrastruktur transferiert werden.

Die zentrale Stromproduktion durch Braun- und Steinkohle, Kernkraft und Gas gehören der Vergangenheit an. Einer dezentralen Stromproduktion durch Windkraft, Sonnenkraft und Geothermie gehört die Zukunft. Die Anlagen bedürfen einer regelmäßigen Wartung, veraltete Anlagen müssen durch neue, effizientere Anlagen ausgetauscht werden, die Infrastruktur angepasst oder neu geschaffen werden. Hier können neue Arbeitsplätze entstehen.

Die Zukunft darf nicht mehr der Produktion von Rüstungsgütern gehören. Stattdessen sollen die vorhandenen Technologien dazu eingesetzt werden, um gesellschaftlich sinnvolle Güter zu produzieren – z.B. Drohnen sollen keine todbringende Waffen transportieren, sondern Medikamente in schwer zu erreichende Gebiete.

Gesellschaftliche Arbeit muss wieder in den Mittelpunkt rücken. Angefangen bei der Kranken- und Altenpflege aber auch der täglichen Sorgearbeit im in der Nachbarschaft. Kultur muss wieder ein zentraler Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens werden, genauso wie

lebenslange Bildung.

Aus Automobilarbeiter*innen werden Hersteller*innen von Bussen und Bahnen, Waffenschmied*innen werden zu Produzent*innen von Windrädern, aus Kampfpilot*innen zivile Drohnenpilot*innen mit Feingefühl für die medizinische Fracht, statt Straßen werden Radwege gebaut. – Die Transformation der Berufe kann aber nur durch umfassende Umschulung und Bildung gelingen.

Trotz alledem wird es weniger Arbeit für alle geben unter den vorherrschenden Arbeitsbedingungen. Das kann durch Umverteilung von Arbeit für mehr Zeitwohlstand für alle genutzt werden.

Daher sind folgende Punkte unerlässlich:

- Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich
- Bildungs- und Umschulungsangebote
- Öffentliche Aufgaben müssen in öffentliche Hand
- Öffentlichen Beschäftigungssektor ausbauen
- Vergesellschaftung von Produktionsbetrieben

Begründung:

Die Krise

Nach Bekanntwerden der ersten Fälle von Infektionen und Erkrankungen mit dem Corona-Virus Covid-19 wurden im März 2020 von der Bundes- und den Landesregierungen Sondergesetze und Sondervollmachten zur Bekämpfung von Epidemien erlassen. Nachdem zunächst China und dann andere Länder vorangegangen waren, wurde auch in Deutschland ein sog. Lockdown erlassen, der von Anfang an einen Klassencharakter hatte und das öffentliche Leben unterband, während die Industrieproduktion weiter laufen durfte. Aufgrund einer bereits bestehenden Absatzkrise der Automobilindustrie und dem Zusammenbruch von Lieferketten und Absatzmärkten brach auch die Industrieproduktion zusammen.

Die Wirtschaft erlebt seitdem einen Zusammenbruch, wie noch nie nach dem 2. Weltkrieg. Mehr als 50% der Erwerbstätigen werden in massive Kurzarbeit (bis 100%) geschickt, die Erwerbslosigkeit steigt rasant an, ein Ende ist nicht in Sicht. Zuerst sind Leiharbeiter*innen und Menschen betroffen, die noch nicht lange in einem Betrieb beschäftigt gewesen sind. In vielen Fällen sind diese Menschen direkt in das Hartz-IV-Regime gefallen oder aber müssen ihr karges Arbeitslosengeld aufstocken. Dazu kommen die vielen Soloselbständigen im Messe- und Veranstaltungsgeschäft und die Kulturschaffenden.

Wie immer in Krisen fordern die Konzerne umfangreiche Rettungsprogramme für die Kapitaleseite. Allerdings wollen sie keine Übernahme von Anteilen oder Beteiligungen durch die öffentliche Hand. Sie wollen nicht, dass sich der Staat in die inneren Angelegenheiten der Konzerne einmischt. Die Schuldenbremse ist ausgesetzt.

Die Regierung beschließt umfangreiche Hilfsprogramme für die Wirtschaft. Konzerne bekommen Milliarden schwere Hilfen und Bürgschaften. Kurzarbeitergeld wird aus den Sozialkassen finanziert und Sozialversicherungsbeiträge der Betriebe aus Steuermitteln ersetzt. Dabei haben die Konzerne nichts Besseres zu tun, als ihre Aktionäre mit Dividenden zu befriedigen.

Auf der anderen Seite werden für Kleinbetriebe und Soloselbständige nur unzureichende Mittel zur Verfügung gestellt, die außerdem nicht zur Einkommenssicherung genutzt werden dürfen. Das Kurzarbeitergeld wurde unter bestimmten Voraussetzungen angehoben – von normal 60% (67%) auf 70% (77%) nach drei Monaten und 80% (87%) nach weiteren drei Monaten Kurzarbeit, wenn die Kurzarbeit mehr als 50% beträgt.

Erwerbslose Menschen und Menschen, die im Hartz-IV-Regime gefangen sind, sowie Menschen in Grundsicherung bekommen ein Almosen. Sie müssen mit den unzureichenden Mitteln die Krise meistern.

Dank der unsozialen Agenda-Politik von Rot-Grün unter Schröder und Fischer sind arbeitende Menschen, die z.B. im Niedriglohnsektor beschäftigt sind, besonders betroffen. Deren Einkommen reichte vor der Krise schon vorne und hinten nicht, jetzt sind wahre Existenzängste da.

Schuld an der Krise ist der Kapitalismus

In der kapitalistischen Produktionsweise, die von Überproduktion und der ständigen Eroberung neuer Märkte gekennzeichnet ist, sind Krisen nichts Ungewöhnliches und treten zyklisch auf. Dabei verstärken sich die Krisen bis hin zu einer Dauerkrise.

Deshalb ist die jetzige Wirtschaftskrise keine Überraschung. Bereits 2019 zeichnete sie sich ab. Die Automobilindustrie hatte schon seit einiger Zeit massive Probleme, ihre Fahrzeuge abzusetzen. Das schlug sich durch über die Zulieferer bis hin zu kleinen Handwerksbetrieben, die für die Zulieferer wichtige Produktionsmittel herstellen. Der Virus war nicht Verursacher der Krise, er hat sie nur beschleunigt.

Der Verbrennungsmotor und der Individualverkehr haben ausgedient. Diese Tatsache ist aber in den Köpfen der Auto-Konzerne noch nicht angekommen. Statt weiterhin auf veraltete Technologien zu verharren, wären Investitionen in zukunftsweisende und ökologische Mobilitätskonzepte angebracht.

Die Produktion von Gütern wird auch in Zukunft notwendig sein. Allerdings muss die Frage gestellt werden, welche Güter sind noch sinnvoll und welche Güter sind angesichts der Klimakatastrophe und der Ausbeutung von Mensch und Natur überflüssig. Weiterhin muss auch die Frage gestellt werden, wie Rohstoffe für die Produktion von Gütern in Zukunft gefördert und weiterverarbeitet werden sollen.

Gesellschaftlich sinnvolle Arbeit muss wieder in den Mittelpunkt gerückt werden. Das muss eine öffentliche Aufgabe werden, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Hier kommt eine große Verantwortung auf den DGB zu, die Interessen der Einzelgewerkschaften und deren Mitglieder zusammen zu führen und zu bündeln.